K02 Die Stadt von morgen ist grün. Neue Wege für lebenswerte Metropolen

Antragsteller*in: Paula Louise Piechotta (KV Leipzig), Anne Kämmerer (KV Meißen), Tobias Peter (KV Leipzig), Stefanie Gruner (KV Leipzig), Thomas Löser (KV Dresden), Thomas Lehmann (KV Chemnitz), Valentin Lippmann (KV Dresden), Christin Melcher (KV Leipzig), Tim Elschner (KV Leipzig), Norman Volger (KV Leipzig), Jürgen Kasek (KV Leipzig), Gesine Märtens (KV Leipzig), Katja Meier (KV Meißen)

Tagesordnungspunkt: TOP 6 Kommunalwahl 2019

Sachsens Großstädte wachsen, teilweise schneller, als noch vor einigen Jahren angenommen wurde. So hat sich beispielsweise Leipzig mit einem Zuwachs von jährlich über 10.000 Menschen zur am schnellsten wachsenden deutschen Großstadt entwickelt. Auch Dresden verzeichnete in den letzten Jahren einen Zuwachs von jährlich über 5.000 Menschen. Die Geburtenraten sind hoch, der Zuzug stark. Viele Prognosen über Schrumpfungsprozesse in den Großstädten, auf deren Grundlage noch vor Jahren zentrale politische Entscheidungen getroffen wurden, haben sich als falsch erwiesen.

Das Wachstum und der Zuzug in die urbanen Ballungsräume birgt vielfältige Chancen. Zusammen mit den großen Städten wird ganz Sachsen vielfältiger, lebendiger und klüger. Was unsere sächsische Großstädte auszeichnet, sind die vergleichsweise niedrigen Mieten und die Freiräume, in denen sich Menschen ausprobieren können, die Kreative anziehen und das Leben deutlich entspannter und interessanter machen als in anderen deutschen Großstädten.

Im Moment steht diese Entwicklung auf dem Spiel. Das Wachstum stellt die Großstädte vor große Herausforderungen: Wohnraum, Infrastruktur und soziale Daseinsvorsorge müssen dem Zuwachs folgen, ohne die gesellschaftliche Spaltung voranzutreiben. Gleichzeitig werden im Zuge des Wachstums die Fehlentwicklungen in den Großstädten immer deutlicher. Der Ausverkauf der Städte, die zunehmende soziale Spaltung in der Stadt, die zunehmende Immobilienspekulation und auch die Sommerhitze in den dicht bebauten Quartieren zeigen uns: Wir werden Wege finden müssen, diese Fehlentwicklungen zu überwinden. Bei diesen Herausforderungen lässt der Freistaat die Großstädte weitgehend allein. Das wollen wir ändern.Wachsende Städte brauchen eine breite Akzeptanz für ökologische Mobilität, für eine Stadtentwicklung mit lebendigen und sozial gemischten Quartieren und genügend Freiräumen, für innovative Bildungskonzepte, gute Arbeitsplätze und größere Internationalität, für eine innovative Verwaltung und moderne Konzepte der Daseinsvorsorge. Sie können damit auch wichtige Impulse für ihr Umland geben und so durch eine gute Vernetzung dazu beitragen, Sachsen insgesamt als Region attraktiver zu machen.

Wir wollen die Spaltung zwischen der wachsenden Stadt und dem sich leerenden ländlichen Raum nicht verstärken, sondern sie überwinden – nicht nur, indem wir den ländlichen Raum in seiner Anbindung stärken, sondern auch, in dem die Verantwortung der Städte für das umliegende Land stärker wahrgenommen wird. Die kulturellen, wirtschaftlichen und medizinischen Angebote der Stadt müssen noch stärker als heute die ländliche Bevölkerung einbeziehen und zugleich müssen die Potentiale von Klein- und Mittelstädte für Wohnraum und Arbeitsplätze gehoben werden. Wir wollen Großstädte und ländlichen Raum als zusammengehörende Metropolregionen zusammen denken und systematisch stärken.

Wir wissen nicht, ob sich das gegenwärtige Wachstum in den Städten angesichts des möglichen demografischen Wandels verstetigen wird. Wir wollen als Stadtgesellschaften vorbereitet sein und unsere Städte, unsere Schulen und Kitas so bauen, dass sie, wenn nötig, schnell aufgestockt und auch schnell anderweitig genutzt werden können. Die Flexibilität der Strukturen soll eine grundlegende Leitplanke unserer Stadtplanung werden.

Wir wollen, dass die sächsischen Großstädte das Wachstum nicht nur bewältigen, sondern als Chance für eine zukunftsfähige Entwicklung in allen Bereichen nutzen. Dazu müssen wir uns nicht am Status Quo, sondern an den positiven Beispielen anderer europäischer Metropolen orientiert. Städte wie Kopenhagen oder Wien, Barcelona oder Groningen zeigen jeweils auf ihre Weise, dass die Zukunft der lebenswerten Stadt in sozialer Vielfalt und Internationalität, in ökologischer Mobilität und in gelebten Freiräumen und starken Kommunen liegt, die für eine umfassende Daseinsvorsorge vom Wohnen bis zur Bildung sorgen. Lebenswerte Metropolen sind machbar. Die Stadt von morgen ist grün.

Gutes Wohnen für alle

In den sächsischen Großstädten herrscht ein rapide zunehmender Wohnraummangel, insbesondere im unteren und mittleren Preissegment. Die Schaffung bezahlbaren und attraktiven Wohnraums isteine der zentralen Gerechtigkeitsfragen der Gegenwart. Um die damit verbundenen stadtbau- und sozialpolitischen Aufgaben anzugehen, ist es dringend an der Zeit, eine gemeinwohlorientierte Boden- und Wohnungspolitik durchzusetzen.

Wir müssen den Ausverkauf unserer Städte an die Meistbietenden stoppen. Die derzeitig massive Immobilienspekulation treibt einen Keil in die Gesellschaft. Sie vertreibt vor allem die Schwächsten der Gesellschaft und hat die Wohnungssuche zu einem survival of the fittest gemacht. Weil in der Folge insbesondere Einkommensschwache aus bestimmten Vierteln verdrängt werden, ballen sich soziale Problemlagen in bestimmten Vierteln. Diese Entwicklung müssen wir stoppen. Wir wollen, dass Wohnungen wieder zuallererst zum Wohnen da sind und dass Mieter*innen anständig und fair behandelt werden.

Um das Recht auf Wohnung zu gewährleisten und den sozialen Frieden zu erhalten, brauchen wir ein Ende des Ausverkaufs von knappem Boden in den Städten. Wir wollen stattdessen, dass Grundstücke der Kommunen und des Freistaates nur noch nach Erbbaurecht vergeben werden, um Immobilienspekulationen deutlich einzudämmen. Das beendet auch die unsägliche Praxis der öffentlichen Hand, an den jeweils Meistbietenden zu verkaufen, um dann festzustellen, dass keine bezahlbaren Wohnungen auf den verkauften Grundstücken entstehen. Wir setzen uns dafür ein, die Steuervorteile beim Verkauf von Immobilien durch Unternehmen abzuschaffen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern ein gezieltes Vorgehen gegen Fehlverhalten im Wohnungsmarkt: Wir werden die staatlichen Möglichkeiten vollends ausschöpfen im Kampf gegen den spekulativen Leerstand von Wohnungen, exorbitante Mietpreise und gezielte Vertreibung von Altmieter*innen durch die Eigentümer. Dazu braucht es in Sachsen ein Gesetz gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum beispielsweise durch dessen Umwidmung in Ferienwohnungen.

Wir wollen die kommunale Durchsetzung von Milieuschutzsatzungen ermöglichen, in dem wir als Freistaat die rechtlichen Voraussetzungen für ein Umwandlungsverbot von Eigentumswohnungen und die Nutzung des Vorkaufsrechts schaffen.

Die energetische Sanierung darf nicht dafür missbraucht werden, Mieter*innen aus ihren Wohnungen zu vertreiben. Wir setzen uns dafür ein, dass sie in Zukunft nur noch zu einem sehr geringen Teil auf die Miete umgelegt werden kann und gleichzeitig deutlich stärker steuerlich gefördert wird. Wir wollen zudem eine energetische Sanierung, von der Mieter*innen rasch profitieren und die nicht zu sozialer Verdrängung führt. Daher haben für uns Maßnahmen Priorität, die einen hohen ökologischen Nutzen haben und zu keiner Erhöhung der Warmmiete führen. BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in Sachsen setzen sich für ein Förderprogramm Heizkostenbremse ein, welches Energiesparmaßnahme fördert, die sich schnell bezahlt machen.

Wir brauchen unbestreitbar deutlich mehr Sozialwohnungen in Sachsen. Allerdings muss der soziale Wohnungsbau so erfolgen, dass er den Problemen am Wohnungsmarkt wirksam begegnet. Ein Hauptproblem besteht darin, dass Sozialwohnungen viel zu schnell aus der Mietpreisbindung herausfallen: Heute endet im sozialen Wohnungsbau die Belegungsbindung schon nach zehn Jahren: Das ist viel zu kurz: Deshalb wollen wir die Bindungsfristen für Belegungsrechte auf mindestens 25 Jahre verlängern und vorrangig nicht profitorientierte, kooperative Träger fördern, die dauerhaft öffentliches Wohneigentum bereitstellen. Zudem müssen entscheidende Fehlkonstruktionen bei der Inanspruchnahme des sozialen Wohnungsbaus beseitigt werden. Dazu gehört, dass das Verbot für preiswerte Mieten in der Förderrichtlinie des Landes gekippt wird und die Einkommensgrenzen für die Inanspruchnahme von Wohnberechtigungsscheinen erhöht werden, um den wohnungspolitischen Realitäten zu begegnen. Um den Bedarf von ca. 5.000 Wohnungen zu decken, wollen wir die Förderung auf 200 Mio. EUR/Jahr erhöhen.

Zur Finanzierung wohnungspolitischer Maßnahmen wollen wir die Grunderwerbssteuer anheben. Derzeit weist Sachsen mit 3,5% den niedrigsten Satz bundesweit auf. Im Vergleich zu anderen Bundesländern, die bis 6,5% erheben, verliert der Freistaat jedes Jahr hunderte Millionen Euro. Ein höherer Steuersatz kann der Immobilienspekulation entgegenwirken und erhebliche zusätzliche Einnahmen generieren, die gezielt für die Unterstützung einkommensschwacher Familien oder Baugruppen beim Wohnungsbau durch Zuschüsse und Darlehen genutzt werden kann. Auf diese Weise können wir gezielt Menschen unterstützen, die für sich eine langfristige Perspektive in Sachsen aufbauen wollen.

Mit einem revolvierenden Wohnfonds sollen Kommunen beim Sozialen Wohnungsbau, beim Aufbau öffentlichen Wohneigentums und bei der Ausübung des Vorkaufsrechts unterstützt werden. Zur Finanzierung wollen wir einen Teil der milliardenschweren Rücklagen des Freistaates nutzen. Die Mittel der Fonds werden damit nicht auf den globalen Finanzmärkten, sondern direkt in Sachsen zum Nutzen der Menschen eingesetzt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen einen echten Mietspiegel: Echte Vergleichbarkeit gibt es nur, wenn auch die Bestandsmieten in die Mietspiegel einbezogen werden und damit den Mieter*innen ein realistischer Überblick gegeben wird, welche Mieten tatsächlich fair sind.

Wir fordern, dass sich der Freistaat für steuerliche Förderung der Wohnungsgemeinnützigkeit sowie eine Reform der Grundsteuer mit dem Ziel einer Bodenwertbesteuerung einsetzt, um Spekulation einzudämmen.

Wohnungslosigkeit entgegenwirken

In den wachsenden Städten sind viele Menschen wohnungslos. Für uns ist eine eigene Wohnung der Schlüssel zur sozialen Teilhabe. Deswegen wollen wir die Wohnungslosenhilfe massiv ausbauen und eine Wohnungslosenstatistik einführen. Mieter*innen, die von Räumung bedroht sind, brauchen aufsuchende Hilfe und frühzeitige Beratung durch soziale Träger und Sozialämter. Im Mietrecht wollen wir GRÜNE die entstandenen Lücken im Kündigungsschutz schließen.

Die Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe brauchen mehr sozialpädagogische Fachberatung, damit die Vermittlung von weiteren Hilfsangeboten wie zum Beispiel der Suchthilfe und der psychiatrischen Beratung funktioniert. Auch das ambulante Betreuungsangebot ist auszubauen. Dringend erforderlich sind außerdem spezielle Angebote in der Wohnungslosenhilfe für Alleinerziehende. Der Katalog präventiver Maßnahmen muss vor allem das Frühwarnsystem stärken. Neben den Schuldnerberatungsstellen müssen auch die Schnittstellen zwischen den Jobcentern und Fachstellen sowie den Gesundheits- und Sozialdiensten ausgebaut und personell verstärkt werden. Wir wollen die Kommunen unterstützen, genügend Wohnungskontingente bereitzustellen, um eine möglichst schnelle Integration von wohnungslosen Menschen in abgeschlossenen dauerhaften Wohnraum mit wohnbegleitenden Hilfen zu ermöglichen, ohne die Bedingung, vorher „Wohnfähigkeit“ zu erlangen (Housing First).

Soziale Vielfalt macht uns stark – vielfältige Quartiere erhalten und schaffen

Wir wollen, dass unsere Stadtviertel sozial durchmischt bleiben und vielfältiger werden. Gerade Städte in Ostdeutschland zeigen den besorgniserregenden Trend auf, dass die verschiedenen sozioökonomischen Einkommensgruppen zunehmend unter sich bleiben, dass die Vielfalt in den Vierteln abnimmt und ältere und ärmere Menschen aus ihrer vertrauten Umgebung vertrieben werden. Wenn eine Gesellschaft zusammenhalten soll, wenn Menschen sich gegenseitig verstehen sollen und in den Dialog miteinander treten sollen, dann müssen sie sich auch begegnen können. Deswegen fördern wir mit den Möglichkeiten von Landes- und Kommunalpolitik die Diversität der Wohnformen im Quartier: Wir wollen, dass in einem Viertel große und kleine Wohnungen, teurere und billigere Wohnungen nebeneinander bestehen können, insbesondere auch, indem wir Sozialwohnungsprojekte ausgeglichen auf die verschiedenen Viertel der Stadt verteilen und den Milieuschutz in Sachsens Städten konsequent durchsetzen.

Neben der Erweiterung bestehender Quartiere werden ganze Viertel neu entstehen. Wir wollen diese neuen Stadtquartiere gemeinsam mit den Einwohner*innen bauen mit transparenten Planungs- und Abwägungsverfahren und unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit. Für die Akzeptanz braucht es Vorteile für alle, auch den bisherigen Anwohner*innen: Kitas, Schulen, Kultureinrichtungen, Einkaufsmöglichkeiten, Restaurants und Cafés, Arztpraxen, Senioren- und Nachbarschaftstreffs, Spiel- und Sportplätze, Grünflächen und öffentliche Verkehrsmittel sollen von Anfang an mit eingeplant werden. Entscheidend für den Erfolg sind die konsequente soziale Mischung und die Vernetzung mit dem städtischen Umfeld. Neue Quartiere sollen nicht Profitinteressen dienen, sondern an vorrangig durch gemeinnützige Träger, Genossenschaften, Baugruppen, das

Studierendenwerk oder kommunale Wohnungsbaugesellschaften entwickelt werden. Wagenplätze betrachten wir als eine gleichberechtigte Wohnform, für die genügend Raum auch in innenstadtnahen Bereichen bereitgestellt werden muss.

Unsere Städte werden attraktiv durch ihre Freiräume: Für uns ist es essentiell, dass wir diese auch für die Generationen nach uns erhalten. Das bedeutet, dass wir als Städte Flächen definieren, die wir nicht verkaufen, sondern die als Innovationsorte erhalten bleiben, mit permanenten Zwischennutzungen für neue kulturelle und unternehmerische und soziale Projekte, damit wir als Städte auch in Zukunft die Früchte unserer Experimentierflächen und damit unserer Innovationsfähigkeit schaffen können. Wir wollen durch konzeptgebundene Finanzierungen gezielt Baugruppen, Kollektivhäuser und Kulturprojekte fördern, die sich dafür entscheiden, dauerhaft in einem Quartier zu leben und sich zu engagieren. Das stärkt den Zusammenhalt vor Ort. Angesichts zunehmend schwindender Freiräume für Künstler und Kreative wollen wir eine Atelier- und Ladenprojektförderung auflegen, mit der ein Beitrag für vielfältige Quartiere geleistet werden kann.

Die lebenswerte Stadt braucht mehr Grün

Wir alle haben es in diesem Jahr erlebt: Wenn es in den Nächten heiß bleibt und viele von uns schlechter schlafen, dann sorgt das nicht nur für unkonzentrierte Kinder in der Schule und schlechtere Laune am nächsten Tag im Job. Vor allem für viele ältere und kranke Menschen stellen derart hohe Temperaturen auch ein erhebliches gesundheitliches Risiko dar. Unser Energieverbrauch durch Klimaanlagen steigt und die Bäume verlieren teilweise schon im Sommer ihr Laub.

Unsere Städte heizen sich als Folge des Klimawandels und jahrzehntelanger Betonpolitik immer stärker auf. Das Mikroklima in den Städten wird zu einem erheblichen Problem für ein gutes Leben in der Großstadt. Diesem Effekt wollen wir entgegenwirken, damit die Gesundheitsrisiken durch Wärme in der Stadt nicht weiter stiegen: Alle zukünftigen Stadtentwicklungs- und Bauprojekte in der Stadt müssen diesem Effekt berücksichtigen und entgegenwirken: Wir setzen uns für klimaintelligenten Stadtbau ein, mit mehr Frischluftschneisen und mehr Verdunstungsflächen in unseren Städten.

Wir wollen grüne Oasen in der Stadt erhalten, neue schaffen, und vor allem auch ein gesundes Gleichgewicht herstellen zwischen dem notwendigen Schaffen von neuem Wohnraum durch Nachverdichtung und einer lebenswerten, erholsamen Stadtnatur. Uns ist es wichtig, die Balance zwischen zusätzlicher Bebauung und städtischem Grün zu halten. Unser Ziel ist es, vor allem zusammenhängende größere Grünflächen zu erhalten oder neu zu erschließen. Neue städtische Parks und eine konsequente Begrünung, die mehr ist als ein paar kleine Bäume auf einer Betonfläche sind notwendig um den Folgen des Klimawandels zu begegnen. Zur Umsetzung wollen wir ein Förderprogramm für ökologischen Stadtumbau und Freiflächenentwicklung auflegen, mit dem sowohl Konzepte als auch konkrete Stadtentwicklungsmaßnahmen gefördert werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern den Ausbau und die bessere Förderung von Fassaden- und Dachbegrünungen in den Städten. Es braucht endlich wieder die Möglichkeit für die Kommunen wirksame Baumschutzsatzungen zu erlassen, um zu verhindern, dass privater Kahlschlag zur Verödung und Überhitzung unserer Städte beiträgt.

Eine grünere Stadt muss auch über ihre Ernährung nachdenken. Zahlreiche Beispiele zeigen, dass Lebensmittel auch aus den Großstädten heraus möglich ist. Projekte wie Urban Gardening und Urban Farming wollen wir als GRÜNE sowohl hinsichtlich der Flächenbereitstellung als auch des persönlichen Engagements besser unterstützen und fördern.

Die Stadt von morgen fährt besser ohne Auto nachhaltige Mobilität für eine lebenswerte Stadt

Die immensen Herausforderungen einer wachsenden Stadt sind schon heute im alltäglichen Verkehr zu beobachten. Die steigende Einwohnerzahl führt auch zu mehr Staus in den Stoßzeiten und erheblichen Parkplatzproblem in einzelnen Stadtteilen. Bleibt der Anteil des Autoverkehrs konstant, droht das Bevölkerungswachstum in den nächsten Jahren den Verteilungskampf um den nicht erweiterbaren öffentlichen Raum anzuheizen und das Verkehrsnetz zu überlasten. Auch die verkehrliche Lärmbelastung und die Gefährdung unserer Gesundheit durch Feinstaub drohen zu steigen. Wir müssen deshalb den Anteil des Autoverkehrs deutlich senken, um nicht zukünftig im dauernden Verkehrsinfarkt zu leben.

Wollen wir die Lebensqualität unserer Großstädte erhalten und verbessern, müssen wir bei der Mobilität konsequent umsteuern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen konsequent auf die ökologische Mobilität mit Fuß und Rad, Bussen und Bahn. Wir wollen ein friedliches Miteinander auf auf der Straße erreichen, mit echter Gleichberechtigung von Fußgänger*innen, Rad, Auto und Logistikverkehr. Insbesondere den Wirtschaftsverkehr wollen wir intelligenter und kleinteiliger nach Amsterdamer Vorbild durch die Städte steuern, denn das veränderte Konsumverhalten von uns allen führt auch dazu, dass wir intelligentere und innovative Lösung für die tägliche Paketflut an alle Haushalte brauchen. Wir wollen, dass der Verkehr in den Städten sicherer wird: Wir verfolgen als Leitziel der Verkehrsplanung, dass es keine Unfälle mit Todesfolge mehr in der Stadt gibt (Vision Zero). Dafür brauchen wir intelligente Verkehrskonzepte, die Sicherheit und Gesundheit einen Vorrang vor Schnelligkeit einräumen. Wir wollen gemeinsam mit den Arbeitgeber*innen neue Konzepte entwickeln, die das Pendelaufkommen in den Großstädten reduziert – zum Beispiel durch mehr Home Office, mehr Gleitzeit und arbeitsnahe Wohnungen, Schulen und Kitas für Beschäftigte. Neue städtische Quartiere sollen möglichst autofrei vorrangig an ÖPNV-Knotenpunkten und in einer Mischung aus Wohnen, Gewerbe und Handel entstehen. Bei der Investitionsförderung in Verkehrsinfrastruktur soll die Vernetzung von Rad und ÖPNV (Multimodalität) vorrangig gefördert werden.

Autos nehmen uns den Platz und Freiräume weg. Wir GRÜNEN haben uns deshalb viele Jahre dafür eingesetzt, dass die sächsische Bauordnung novelliert wird und damit Gemeinden in die Lage versetzt werden zu regeln, wie, wo und in welcher Anzahl Auto- oder Fahrradstellplätze zu schaffen sind. Damit waren wir erfolgreich, diese kommunale Eigenständigkeit bei der Stellplatzordnung ist seit diesem Jahr möglich. Wir wollen den nächsten Schritt gehen und die rechtssichere Grundlage für die Ausweitung von CarSharing Möglichkeiten im öffentlichen Raum schaffen, um den Anreiz für den Besitz eines eigenen Autos in der Großstadt zu reduzieren.

Mit Bus und Bahn für bessere Mobilität für alle

Wer in Großstädten wirksam den Autoverkehr reduzieren will, muss konsequent den ÖPNV stärken – nur dieser ist in der Lage ökologisch und soziale den Verkehr der Zukunft zum größtmöglichen Nutzen aller abzuwickeln. Dazu muss der ÖPNV in den

Großstädten noch attraktiver werden, als er jetzt schon ist. Eine ausreichende Finanzierung dafür muss sichergestellt werden. Taktfrequenz, Haltestellendichte, Verkehrsknotenausbau, Umlandvernetzung und Tarifgestaltung müssen so organisiert werden, dass das Umsteigen auf den ÖPNV ein Angebot ist, das man nicht ablehnen kann. Dies gelingt nur, wenn die Staatsregierung die Regionalisierungsmittel des Bundes konsequent an die Zweckverbände, die für die Bestellung von Bus und Bahn zuständig sind, weiterleitet und mehr Geld für den Personennahverkehr zur Verfügung stellt.

Fahrrad fahren aber sicher

Auch in Sachsen steigen immer mehr Menschen aufs Rad und bestimmen zunehmen das Stadtbild. Allein der dafür nötige Platz, die dafür nötige sichere Infrastruktur steht aktuell noch nicht ausreichend zur Verfügung – das wollen wir GRÜNE ändern. Fuß- und Radverkehrsförderung ist preiswerter als die Förderung jedes anderen Verkehrsmittels, dabei umweltfreundlich, stadtverträglich und leistet einen Beitrag zum Klimaschutz sowie zur Verbesserung der Umwelt- und Lebensqualität.

Eine gute Radverkehrsinfrastruktur, die Entwicklung eines guten Radverkehrsnetzes mit Hauptverbindungen und Nebenrouten, die flächenhafte Öffnung von Einbahnstraßen in Gegenrichtung, die Schaffung diebstahlsicherer ebenerdiger Fahrradabstellmöglichkeiten im gesamten Stadtgebiet sowie eine breite Imagekampagne zur Schaffung von Radkultur, gegenseitiger Rücksichtnahme und Verständnis sind längst überfällige Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs. Um nicht nur innerhalb der Städte zügig und sicher voranzukommen, müssen zukünftig auch Fahrradschnellstraßen geplant werden, um für nachgefragte Pendlerbeziehungen wie z.B. zwischen Leipzig und Halle auch Radfahrenden ein attraktives Angebot zu bieten.

Wir wollen eine bessere Vernetzung des Radverkehrs mit anderen Verkehrsträgern. Ein Schlüsselelement sind Fahrradparkhäuser an wichtigen Umsteigepunkten wie Bahnhöfen, die über das reine Abstellen hinaus weitere Dienstleistungen wie Reparaturen und Fahrradverleih anbieten.

Der Freistaat muss die Städte bei der Planung des Radverkehrs besser unterstützen. Dazu braucht es endlich ein eigenes Referat Radverkehr im Verkehrsministerium, das die Kommunen bei der Beantragung und Planung von Radwegen unbürokratisch unterstützt und berät. Über die bloße Förderung von Radwegen hinaus soll die Umsetzung integrierter Konzepte in den Großstädten finanziert werden, um z.B. den Ausbau von Radnetzen, Fahrradquartiere, separierte Fahrradwege oder Vorrangschaltungen für Radfahrer zu realisieren.

Jeder Weg beginnt zu Fuß

Die meisten Wege in den Städten werden zu Fuß zurückgelegt. Daran muss sich auch die Verkehrsplanung orientieren. Zu Fuß gehen soll attraktiver und sicherer werden. Wir wollen deshalb fußgängerfreundliche Ampelschaltungen mit kurzen Wartezeiten und langen Grünphasen. Barrieren und Hindernisse, die Fußgänger*innen zu Umwegen zwingen, sollen verschwinden oder durchlässig gemacht werden. Mit gesicherten Überwegen in kurzen Abständen, mit Zebrastreifen, Mittelinseln oder Gehwegvorstreckungen werden wir alle künftig leicht und sicher über die Fahrbahnen kommen. Ein engmaschiges barrierefreies Gehwegenetz soll

Menschen zu Fuß und auch allen, die in ihrer Mobilität beeinträchtigt sind, zugutekommen.

Plätze und Gehwege sind soziale Raume für Begegnung und Aufenthalt. Radwege wollen wir deshalb von den Bürgersteigen auf die Fahrbahn bzw. separierte Radwege (protected bikelanes) verlagern und das Parken von Autos auf Gehwegflächen Zug um Zug reduzieren. Stattdessen soll dort durch mehr Sitzgelegenheiten und Grün die Aufenthaltsqualität erhöht werden. Der marode Zustand vieler Gehwege und eine oft unzureichende Beleuchtung führen zu Unsicherheiten. Neben der notwendigen Gehwegsanierung soll die Umstellung der Lampen auf LEDs dazu genutzt werden, die Straßenbeleuchtung besser auf die Belange der Fußgänger*innen auszurichten.

Nur eine gesunde Stadt kann lebenswert sein

Wer in der Stadt wohnt, ist mitunter teilweise deutlich stärkeren Gesundheitsgefährdungen ausgesetzt als auf dem Land: Lärmbelastung und Feinstaubspitzen an viel befahrenen Straßen, die hohe Unfallgefahr an innerstädtischen Kreuzungen, höhere Stresslevel und Angst durch hohe Mietbelastungen: Stadtleben ist der Gesundheit nicht immer zuträglich. Deswegen wollen wir auf allen Ebenen darauf hinwirken, dass man als Mensch in der Stadt in Zukunft deutlich gesünder alt werden kann.

Darüber hinaus braucht es aber auch eine Verbesserung der Gesundheitsversorgung in den Städten. Neben dem Ärzt*innen-Mangel auf dem Land zeigt sich auch in den Großstädten zunehmend, dass eine flächendeckende Gesundheitsversorgung mit Fachärzt*innen nicht mehr in dem Maße vorhanden ist, wie noch vor einigen Jahren. Mit steigenden Einwohnerzahlen wird sich auch dieses Problem verstärken. Zudem ist die medizinische Versorgung in der Stadt teilweise sehr ungleich verteilt. Viele ärztliche Praxen konzentrieren sich in bessergestellten Vierteln. Wir wollen gemeinsam mit der ärztlichen Selbstverwaltung ausloten, wie wir die Verteilung von Praxen in den verschiedenen Stadtvierteln deutlich gerechter gestalten können und wir eine – auch vom Umland genutzte – optimale ärztliche Versorgung in den Großstädten gewährleistet werden kann.

Wir bekennen uns klar zu den Krankenhäusern in kommunaler Hand als wichtiger Baustein der örtlichen Gesundheitsversorgung. Wir werden uns auf Landesebene dafür einsetzen, dass die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen für die kommunalen Krankenhäuser verbessert werden.

Eine kluge Stadt braucht alle Talente

Der Kinderanteil in allen drei Großstädten wächst, doch schon jetzt zeigen sich deutliche Unterschiede im bedarfsgerechten Ausbau von Bildungsangeboten. GRÜNE Ideen für Bildungsangebote gehen aber über die Quantität hinaus, schon jetzt zeigt sich an den Bildungsübergängen, wie unterschiedlich die jeweiligen Stadtteile aufgestellt sind. Darüber hinaus müssen wachsende Städte einen neuen Fokus auf Angebote des Lebenslangen Lernens und inklusive Bildung legen. Wir wollen ein Kulturangebot, dass auch finanziell den verschieden Erwartungen in einer vielfältigen Stadtgesellschaft entspricht und ausgebaut wird.

Bildungsangebote von der Kita bis zur Hochschule

Die steigenden Geburtenraten und der Zuzug von jungen Familien führen dazu, dass viele Eltern es schwer haben, einen geeigneten Kita-Platz zu finden. Auch fünf

Jahre nach der Einführung des Rechtsanspruches auf einen Betreuungsplatz fehlt es an Einrichtungen und Erzieher*innen. Die wachsenden Städte wurden nicht nur hier jahrelang von der sächsischen Staatsregierung nur unzureichend bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen setzten sich für eine Ausbildungsoffensive für Erzieher*innen ein und einer höheren Entlohnung. Die wachsenden Kommunen müssen bei der Finanzierung von Kita-Plätzen entlastet werden: ein flexibler, bedarfsgerechter und dynamisierter Landeszuschuss unterstützt die Kommunen und entlastet die Eltern. Wir setzen uns ferner für ein Kita-Qualitätsgesetz auf Bundesebene ein. Bei dem nach wie vor erheblichen Investitionsbedarf bei Neubau und Sanierung von Kitas werden die Kommunen immer noch zu wenig unterstützt, so dass sie z.T. auf langfristig teurere Mietmodelle zurückgreifen. Um Kitas in kommunalem Eigentum realisieren zu können, wollen wir die Kommunen mit einem bedarfsgerechten Investitionsprogramm unterstützen. Die zunehmende Segregation in den Großstädten ist bereits in den frühen Jahren spürbar. Kitas in sozial benachteiligten Quartieren werden allein gelassen, wenn es darum geht, den Herausforderungen mit individueller Förderung von Sprache und sozialen Kompetenzen zu begegnen. Wir streiten für eine bessere Personalausstattung und zusätzliche Budgets für Kitas in Stadtteilen, in denen besonders viele Einkommensschwache und wenig bildungsnahe Eltern leben.

Um dem wachsenden Bedarf nach Schulen in den Großstädten nachzukommen streiten wir für ein Sofort-Programm Schule, das die Kommunen finanziell und strukturell bei der Umsetzung der Schulnetzplanung unterstützt. Wir wollen die Chance, die sich aus der Notwendigkeit von Schulneubauten ergibt, nutzen und pädagogisch innovative Bauten realisieren, die der Idee vom Raum als dritten Pädagogen gerecht werden. Dafür braucht es eine moderne sächsische Schulbauempfehlung, deren Leitlinien verbindlich bei der Vergabe von Schulbaufördermitteln sind.

Schon jetzt sind die Bildungschancen in den Großstädten höchst unterschiedlich verteilt. Während in dem einen Viertel 80% der Grundschüler eine Bildungsempfehlung für das Gymnasium bekommen, bekommt in anderen Stadtteilen nicht einmal jeder zehnte die Chance. Welchen Bildungsweg ein Kind einschlägt, darf nicht davon abhängen, in welchem Stadtteil seine Eltern wohnen. Dazu müssen wir gezielt Schulen in benachteiligten Lagen unterstützen. Nicht nur der ländliche Raum, sondern auch Schulen in sozialen Problemlagen der Großstädte haben mit dem Lehrermangel zu kämpfen. Wir wollen, das Schulen mit Kindern aus benachteiligten Lebenslagen besonders gefördert werden, um die besten Lehrkräfte zu bekommen und zusätzliche Förderung umzusetzen.

Die wachsende Zahl von Studierenden in Sachsen stellt die Großstädte auch vor Herausforderungen. Wir wollen daher die Studentenwerke unterstützen und mehr Geld für studentisches Wohnen bereitstellen. In Städten wo der Wohnraum knapp wird, werden bezahlbare Wohnheime immer attraktiver, doch seit Jahren werden die Studentenwerke nicht ausreichend finanziert. Wir wollen, dass bei den Studierendenwohnheimen der bestehende Sanierungsstau aufgelöst und neue Wohnheime mit innovativen Konzepten geschaffen werden. Damit kann der Freistaat einen konkreten Beitrag leisten, um dem angespannten Wohnungsmarkt entgegenzuwirken. Damit Studierende und Absolvent*innen ihr Potential in der Region entfalten wollen wir gemeinsam mit den Hochschulen neue Wege finden, damit ein Ankommen auch im sächsischen Arbeitsmarkt möglich ist: Ob innovative Start-ups, Selbstständige oder Freiberufler, wir brauchen in Sachsen einen neuen Gründergedanken, der dieses Innovationspotential fördert und unterstützt. Ob

Mikrokredite oder Beratungsangebote, wir wollen, dass diese Menschen sich in Sachsen verwirklichen können. Auch Jobmessen und eine integrierte, regionale Arbeitsmarktberatung an den Hochschulen kann dazu führen, dass die Absolvent*innen in der Region bleiben.

Regionale Bildungslandschaften stärken

Kinder wachsen in ihrem Stadtteil auf. Im Laufe der Zeit wird ihr Bewegungsradius immer größer. Dem Bedürfnis nach regionaler Verortung und Vernetzung wollen wir durch die Gestaltung von kommunaler Bildungslandschaften Rechnung tragen. Regionale Bildungslandschaft bestehen aus einem verzahnten System von klassischen Bildungsangeboten, Freizeiteinrichtungen, Sportvereinen, kulturellen Einrichtungen, Gemeinden, Angeboten der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendhilfe. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen in den Quartieren eine bessere Verzahnung der Bildungseinrichtungen, verantwortliche Bildungsübergänge, Bildungsinstitutionen die in den Stadtteil wirken und sich öffnen – nicht nur institutionell sondern auch architektonisch.

Kultur braucht Freiräume

Ein wesentlicher Faktor für die Attraktivität der sächsischen Großstädte ist die reichhaltige Kulturszene. Doch die Freiräume, in denen sich insbesondere die freie Szene entwickeln konnte, ist zunehmend bedroht. Zahlreiche Theater, Galerien, Proberäume und Clubs mussten schon schließen – weil andere Nutzungen mehr Profit bringen. Wir wollen die Vielfalt der Kultur erhalten. Dazu gehört für uns auch die Vielfalt der kulturellen Orte. Wir setzen uns dafür ein, solche Flächen städtebaulich zu sichern, um sie für Kulturschaffende zu erhalten. Das Land Sachsen muss Grundstücke zur kulturellen Nutzung wieder ankaufen, die Vergabe in Erbbaupacht stärken und vermehrt Genossenschaftsmodelle ermöglichen. Anders als die großen Theater erhalten Gruppen der Freien Szene bisher keine Investitionszuschüsse, um ihre Räume auszubauen oder zu sanieren. Statt Leerstand zu verwalten, sollen öffentliche und private Flächen und Räume zur Zwischennutzung für Kulturprojekte zur Verfügung gestellt werden. Wir werden uns für eine Zwischennutzungsagentur oder andere geeignete Modelle einsetzen, die Künstler*innen Räume zeitlich begrenzt vermittelt.

Soziokultur und migrantische Kultur unterstützen

Der Zuzug von jungen Menschen und steigende Geburtenraten bringt nicht nur einen steigenden Bedarf von Bildungsangeboten mit sich, sondern auch mehr Nachfrage an soziokulturellen Angeboten, diese wollen wir stärker unterstützen. Stärker als bisher muss es dabei gelingen, auch bisher kultur- und bildungsferne Klientel anzusprechen. Im Vergleich zu anderen Großstädten ist migrantische und postmigrantische Kultur bisher kaum im Fokus der Kulturförderung. Angesichts der stark wachsenden Anteils von Bürger*innenmit Migrationsgeschichte wollen wir neue Ansätze für vielfaltsorientierte Kulturarbeit fördern.

Bewahrung von Kulturgut und Stadtgeschichte

Unsere Städte sind reich an historischen Kulturgütern: Diese reiche Geschichte wollen wir nachhaltig bewahren für eine Zukunft, in der sich ein verschärfendes Klima insbesondere mit Feuchtigkeitsschäden die geschützte Bausubstanz vor neue Herausforderungen stellt. Deshalb setzen wir uns auf Landesebene für eine bessere Förderung des Denkmalschutzes, auch für Privatpersonen ein.

Eine lebenswerte Stadt braucht gute Arbeit

Die Großstädte beherbergen eine umfassende Arbeitswelt mit vielen Betrieben und Dienstleistungsunternehmen, mit Behörden, Wissenschaftsstandorten und sozialen Einrichtungen. In den letzten Jahren ist die Arbeitslosigkeit in den Großstädten gesunken und es waren immer wieder größere Neuansiedlungen zu verzeichnen. Dennoch brauchen wir ein neues Herangehen an Wirtschaft und Arbeit in den Großstädten. Wir müssen weg von der Fokussierung auf Großansiedlungen und müssen die Innovationskraft von kleinen und mittelständischen Betrieben, von Gründer*innen, von Menschen, die progressive Ideen haben, stärken. Durch eine gezielte Vergabe von Geldern im Rahmen von öffentlichen Aufträgen sollen diese in der Region bleiben und so auch das Umland und Mittelzentren stärken – die entsprechenden Rahmenbedingungen wollen wir durch ein modernes Vergabegesetz erreichen.

Wir wollen eine wachsende Stadt, in der gute Arbeitsplatze in den Quartieren entstehen und so ökologische und soziale Arbeitsverhältnisse geschaffen werden und sich die Wirtschaftsstruktur der Stadt und nicht umgekehrt anpasst, durch kurze Wege, eine gute lokale Verankerung und eine stärkere Kooperation zwischen Industrie und Wissenschaft. Dazu wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch die Kooperation der Wirtschaft mit den örtlichen Wissenschaftseinrichtungen verbessern, um unsere Städte zur wirklichen Innovationszentren zu machen. Insbesondere die Potentiale von Menschen mit Migrationsgeschichte, Auszubildenden und Absolventen sollen stärker genutzt werden.

Gründungskultur ist eine wichtige Impulsgeberin für unsere Städte. Wir wollen den Gründer*innen nicht reinreden, sondern gute Rahmenbedingungen schaffen, damit diese sich mit ihren Ideen verwirklichen können. Dafür werden wir günstige Räume vorhalten und Co-working-Spaces als Orte fürs Netzwerken unterstützen. Der Kontakt zu etablierten Unternehmen, Business Angels und Wagniskapitalgeber*innen ist stärker fördern. Um Gründungen zu erleichtern und eine Kultur der Selbständigkeit und Risikobereitschaft zu unterstützen, werden wir den bürokratischen Aufwand reduzieren und die vorhandenen Beratungsstellen auch für die Konzeptphase ausbauen. Mit einem Mentoringprogramm wollen wir insbesondere Frauen auf dem Weg in die Selbständigkeit und Teilzeitgründungen unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass Talente nicht aus Finanzierungsgründen abwandern und wollen die Förderung der besten Ideen.

Die Stadt der Zukunft – digital und vernetzt

Wir wollen, dass die sächsischen Großstädte zu Smart Cities werden. Dazu müssen wir die Chancen der Digitalisierung und Vernetzung stärker nutzen als bisher, um den vielfältigen Anforderungen an moderne Kommunikation und Infrastruktur genügen. Schlüssel dafür ist der flächendeckende Ausbau mit Breitbandnetzen der nächsten Generation. Auf dieser Grundlage wollen wir die Umsetzung intelligenter Verkehrssteuerungssysteme für den Personen- aber vor allem für den Lieferverkehr unterstützen, die mehr Menschen und Waren pünktlich und bezahlbar an ihr Ziel bringen, ohne dabei die Luft in gesundheitsschädlichem Ausmaß zu verschmutzen und ohrenbetäubende Lärmpegel in der Innenstadt zu erzeugen. Zugleich wollen wir die Leistungen der Daseinsvorsorge in den Städten, von der Stromerzeugung bis zur Müllentsorgung stärker miteinander vernetzen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine stärkere Digitalisierung von Verwaltungsprozessen erreichen. Unser Ziel ist es, dass zukünftig die

Kommunikation der Unternehmen und der Bürger*innen mit der Verwaltung in der Regel digital abgewickelt werden kann.

Damit eine stärkere Digitalisierung und Vernetzung gelingen kann, müssen die Städte in Sachsen Vorreiter beim Thema Datenschutz und Datensicherheit werden. Es braucht stärkere Anstrengungen und Investitionen in diesen Bereichen, das gilt auch und gerade für die kommunalen Unternehmen der Daseinsvorsorge, wie Stromerzeuger.

Eine moderne Stadt braucht eine moderne Verwaltung

Um das Gemeinwesen in unseren Städten lebenswert gestalten zu können, braucht es eine starke Verwaltung. Sie ist der Garant dafür, dass Anträge zügig bearbeitet werden, Verkehrsplanungen nicht ins Stocken geraten und die Bürger*innen ihre Ansprüche auch durchsetzen können.

Die Verwaltung in den Großstädten ist aufgrund einer jahrelangen verfehlten Personalplanung in vielen Bereichen am Limit. Das zeigt nicht zuletzt der hohe Krankenstand in der kommunalen Verwaltung. Wir wollen die Verwaltungen wieder mit dem Personal ausstatten, dass sie brauchen, um ihre Aufgaben reibungslos zu erfüllen. Wir wollen den öffentlichen Dienst attraktiver, leistungsfähiger machen, damit die Kommunen im Kampf um die besten Köpfe eine Chance haben. Den öffentlichen Dienst machen wir zu einem Modellprojekt für ein gutes betriebliches Gesundheitsmanagement und wertschätzende Personalführung und -entwicklung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für konsequente Gleichstellung und werden daher noch stärker Anstrengungen unternehmen, um den Frauenanteil in Spitzenpositionen der Verwaltung zu erhöhen. Wir wollen unsere Verwaltungen mehrsprachig machen, davon profitieren die Mitarbeiter*innen ebenso wie die Bürger*innen der Städte.

Einstellungsverfahren in den öffentlichen Dienst sollen vereinfacht werden, um die Einstellung neuen Personals zu beschleunigen. Wir setzen uns für Musterausschreibungen für identische Aufgabenbereiche ein, die nach einer Musterzustimmung durch den Hauptpersonalrat keine Einzelzustimmung mehr benötigen.

Selbstbestimmung in Freiheit und Sicherheit

Viele Menschen ziehen nicht nur wegen Arbeit oder Ausbildung in eine Stadt. Sie kommen auch auf der Suche nach Selbstverwirklichung und Vielfalt, Freiheit und dem Nebeneinander vieler verschiedener Lebensentwürfe. Wir möchten sichere Städte. Dafür setzen wir auf eine ausreichende Personalausstattung der öffentlichen Behörden. Was wir aber nicht brauchen, ist Geldverschwendung mit reinen Symbolmaßnahmen wie Videokameras und hochgerüsteten Sicherheitsdiensten. Wir wollen, dass der öffentliche Raum auch öffentlich bleibt. Dem Streben nach der Privatisierung und nach der stärkeren Überwachung des Öffentlichen Raums werden wir uns widersetzen. Deshalb lehnen wir die Möglichkeiten zu verdachtsunabhängigen Personenkontrollen durch die – im Übrigen für viele Kommunen stigmatisierende – Ausweisung sogenannte gefährlicher Orte ebenso ab, wie die Ausweisung von Alkoholverbotszonen.

Die lebenswerte Stadt braucht Weltoffenheit und eine starke Stadtgesellschaft

Demokratie funktioniert nur dann richtig gut, wenn die Verwaltung verlässlich und schnell arbeitet und der städtische Versorgungsauftrag erfüllt wird; sie

funktioniert, wenn es einen kritischen und starken Journalismus vor Ort gibt, der Missstände aufdeckt und Bürger*innen eine starke Stimme gibt; sie funktioniert besser, wenn Menschen ein gutes Einkommen haben und sich neben der Arbeit auch gesellschaftlich engagieren und für ihre Stadt Verantwortung nehmen können. Wir wollen unsere Städte in all diesen Bereichen stabiler aufstellen, hin zu einer selbstbewussten und gemeinwohlorientierten Stadtgesellschaft, in der es selbstverständlich ist, sich für das Miteinander und eine gute Zukunft einzusetzen. Wir fordern dementsprechend eine umfassende Beteiligung der Bürger*innen an allen kommunalpolitischen Prozessen von einzelnen Bauvorhaben bis zum Bürgerhaushalt.

Die Stadt der Zukunft ist eine noch internationalere Stadt als heute: Damit Sachsens Großstädte zu Orten des Zusammentreffens, der Forschung und Bildung, der internationalen Verständigung und Produktivität werden können, begreifen wir Internationalität in all ihren Facetten als Selbstverständlichkeit und Bereicherung. Wir brauchen eine Kultur der Weltoffenheit und eine gelebte Willkommenskultur, nicht nur in den Behörden, sondern in der Stadtgesellschaft. Nur so können unsere Städte sich den Herausforderungen der Zukunft stellen und attraktiv für Menschen aus aller Welt sein, die hier leben und arbeiten wollen. Für alle Neuankommenden bedeutet eine Stadt oft Orientierungslosigkeit. Mit dem Willkommenszentrum im Leipzig haben wir BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine innovatives Projekt realisiert. Das Nebeneinander von Behörden, Angeboten und Dienstleistung kann hier gebündelt werden um das ankommen zu erleichtern. Ein Pilotprojekt welches auch für andere Städte Vorbild sein kann.